



Kreisverband
Peine

KOMMUNALWAHL- PROGRAMM 2021

Deutschland. Aber normal.

Vorwort

Alle nachstehend gesetzten Ziele und die zu deren Umsetzung geplanten und notwendigen Maßnahmen verstehen wir im Rahmen der jeweiligen kommunalen Möglichkeiten, Zuständigkeiten sowie Mehrheitsverhältnissen.
Sie haben in den Gemeinden, in der Stadt Peine und im Landkreis unterschiedliche Brisanz.

Inhalt

Sicherheit und Ordnung	3
Finanzen und Wirtschaft	4
Energie, Wirtschaft und Verkehr	5
Lebenswertes Peine, Kultur, Freizeit und Religion	6
Natur- und Umweltschutz statt Klimaschutz	7

Sicherheit und Ordnung

Randale und Sachbeschädigung wie Schmierereien in der Innenstadt, Einbruch und Diebstahl in Tankstellen und Kiosken, aber auch provokatives Verhalten und exzessive Familienfeiern, die die Öffentlichkeit stören und den Verkehr lahmlegen, die Besetzung des öffentlichen Raumes für private und religiöse Feierlichkeiten, aber auch Clan-Kriminalität und Gewaltverbrechen –

Das sind gegenwärtige Zustände in und um unser P e i n e, auch wenn dies nicht immer den Weg in die öffentlichen Medien findet.

- 1. Polizei, Rettungsdienste und Feuerwehren brauchen die volle Rückendeckung durch Politik,** wie beispielsweise durch:
 - personelle und materielle Aufstockung der Ordnungsämter zur Entlastung der Polizei sowie zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung,
 - keine Bloßstellung und Herabwürdigung der Beamten nach Einsätzen gegen Gewalttäter,
 - Unterstützung der kommunalen Brandschutz- und Rettungsdienste sowie Jugendfeuerwehren, Förderung des ehrenamtlichen Engagements.

- 2. Freiheit bedeutet weniger Bevormundung und mehr Selbstverantwortung für sich und andere.** Deswegen setzen wir uns für Folgendes ein:
 - Erhöhung der Selbstverantwortung einen jeden Bürgers im Ringen gegen Corona, Kampf gegen alle unverhältnismäßigen und widersprüchlichen Corona-Maßnahmen und gegen jegliche Versuche, unter dem Deckmantel von Corona, die Grund- und Freiheitsrechte einzuschränken!
 - Religionsfreiheit ist wichtig, findet aber ihre Schranken in der Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung. Weil Religion Privatsache bleiben soll, muss diese dort enden, wo die Privatsphäre Dritter angegriffen wird!
 - Beendigung der Praxis, durch Weglassen von Informationen über die Herkunft von Tätern die Statistiken zu manipulieren und die Wahrheit zu verfälschen!
 - Mehr Sicherheit durch Bekämpfung des Terrors von links- und rechtsradikalen Gruppen!
 - Befreiung der Bildung und der Exekutive von wirklichkeitsfremden Ideologien und Anschauungen!
 - Mehr Gerechtigkeit durch Beendigung von Pauschalverdächtigungen!
 - Förderung des Integrationswillens neuer Mitbürger durch mehr Konsequenz und Sanktionen!

- 3. Gesteigertes Sicherheitsgefühl und gesteigerte Lebensqualität,** zum Beispiel durch:
 - Öffnung der Gaststätten, Restaurants, Kultur- und Sporteinrichtungen unter gleichzeitiger Einhaltung der Hygienebedingungen!
 - Stärkung des sozialen Friedens durch geeignete Maßnahmen wie sozialen Wohnungsbau!
 - Stärkere Ahndung sexueller Belästigungen und Schaffung eines Sicherheitsdienstes in der Innenstadt!
 - Mehr Gerechtigkeit durch konsequentere Anwendung und Durchsetzung des Rechts!
 - Aktive Bekämpfung von Clan-Kriminalität durch bessere Handlungsfähigkeit interdisziplinärer Teams, wie z.B. aus Polizei, Ordnungsamt, Finanzamt, Jugendamt und Gerichten!

- 4. Prägung eines indigenen Stadtbildes** durch:
 - Erhöhung der Attraktivität der Peiner Innenstadt, regelmäßige Rechenschaftslegung der dafür Verantwortlichen vor dem Peiner Stadtrat! (Peiner Marketing GmbH)
 - Unterbinden des Verkaufs kommunaler Liegenschaften an ausländische Organisationen!
 - Ortsprägende Entscheidungen wie bspw. Moscheen-Bau nur mit Bürgerentscheid!
 - Verhinderung von Minaretten sowie deren Finanzierung durch die Kommunen!
 - Ablehnung aller Versuche, die Aufnahme von Flüchtlingen in ein Ansiedlungsprogramm zu verwandeln!
 - Durchsetzung einer genderfreien Sprache und Rechtschreibung durch entsprechende Dienstanweisungen in den kommunalen Behörden!

Finanzen und Wirtschaft

Laufender kommunaler Aufwand muss durch entsprechende Erträge erwirtschaftet und durch Einsparungen abgesichert werden.

Praktiken, Vermögensveräußerungen, wie den Verkauf von kommunalem Grund und Boden, zur Deckung des gestiegenen kommunalen Finanzaufwandes zu nutzen, müssen der Vergangenheit angehören.

1. **Private Finanzierung öffentlicher Infrastruktur verhindern**

Sogenannte „Public-Private-Partnership-Modelle“ (PPP/ÖPP) verschleiern Bau- und Betriebskosten und sind teurer als konventionelle Vorhaben und damit unwirtschaftlich. Sie begünstigen große Bau- und Straßenbauunternehmen gegenüber dem Mittelstand vor Ort und werden von uns abgelehnt. Darum:

- Offenlegung, Rückbau und Verhinderung von PPPs/ÖPPs!
- Bauaufträge möglichst dem regionalen Mittelstand zukommen lassen; soweit dies -unter Beachtung der Ausschreibungsvorschriften- rechtlich möglich ist!

2. **Straßenausbaubeiträge (STRABS) abschaffen**

Straßenbau ist Staatsaufgabe. Straßenausbaubeiträge hingegen belasten nur Anwohner, obwohl die Straßen anschließend durch alle Bürger genutzt werden. Dem Bund stehen mit der KFZ-Steuer enorme, aber nicht zweckgebundene Steuereinnahmen zur Verfügung, während Kreise und Kommunen für Bau und Unterhalt von Kreis- und Gemeindestraßen eigene Einnahmen einsetzen müssen. Darum:

- Ungleichbelastung und Bürgerunmut durch sozialverträgliche Lösungen verhindern!
- Straßenausbaubeiträge abschaffen/reformieren bzw. durch sozialverträgliche Anteile an Grundsteuer o. A. durch nutzungsgerechte Lösungen ersetzen!

3. **Mittelstand und Landwirte vor Ort stärken**

Gerade in strukturschwachen und ländlichen Räumen sichern kleine und mittlere Unternehmen überproportional viele Arbeitsplätze. Sie sind das Rückgrat des wirtschaftlichen Erfolges, der durch internationale Großkonzerne nach und nach zerstört wird. Darum:

- Mehr Mittelstand = mehr Finanzmittel = mehr Lebensqualität für alle!

4. **Elektromobilität muss marktwirtschaftlichen Bedingungen genügen**

Kommunale Fuhrparks und Ladestationen müssen effektiv und wirtschaftlich werden.

Wir begrüßen E-Mobilität

- wenn sie sich am Markt orientiert,
- wenn sie nicht durch öffentliche Gelder finanziert und subventioniert wird!

5. **Finanzkraft der Kommunen stärken**

Im Zuge einer Neuordnung des Steuer- und Sozialrechts werden wir uns einsetzen für:

- mehr Steuereinnahmen für Landkreis und Kommunen zur Realisierung besserer und bürgernäherer Entscheidungen!
- Zusagen von Bund und Land müssen diese auch bezahlen! (Bestellerprinzip)
- Konstanthaltung und mittelfristige Senkung von Gewerbesteuer und anderer regionaler Steuern!
- Verantwortungsvoller Umgang mit den vorhandenen finanziellen Mitteln, Verschwendung vermeiden!
- Mehr Kostentransparenz, gerade hinsichtlich Asyl- und Sozialleistungen!

6. **Sozialhilfe nur für Bedürftige**

- Mehr freie Finanzmittel durch konsequente Aufklärung und Ächtung von Sozialbetrug, wie Mehrfachidentitäten u.a. durch Verbesserung des behördlichen Datenaustauschs und Aufstockung hauseigener Ermittlungsdienste!

Energie, Wirtschaft und Verkehr

Die Entwertung landwirtschaftlicher Nutzflächen für Solaranlagen, Windkraftträder und der Anbau von Monokulturen haben dramatisch zugenommen. Neben den negativen Folgen für die Umwelt führt dies auch zur Erhöhung der Pachtzinsen und somit zu einem Verdrängungseffekt zu Lasten konventioneller bäuerlicher Betriebe und Biobauern. Das geänderte EEG lässt außerdem zu, Bauvorhaben im Namen des Klimaschutzes von naturschutzrechtlichen Beschränkungen vollständig zu befreien. Kommunale Fuhrparks und Ladestationen müssen effektiv und wirtschaftlich werden. E-Mobilität ist weder umweltfreundlich noch CO₂-neutral. Die Kosten des Ladens sollten deshalb -wie beim Verbrenner- durch den Nutzer bezahlt werden.

1. Landwirtschaft und biologischen Anbau stärken

Die Landwirtschaft ist nicht nur Arbeitgeber, sondern sie sichert auch eine gesunde und kostengünstige Grundversorgung. Darum:

- Pachtzinsenerhöhung und Verdrängung bäuerlicher Betriebe verhindern!
- Naturschutzrechtliche Beschränkungen aufrechterhalten!
- Direktkauf vor Ort für gesündere Preisstrukturen und kürzere Wege fördern!
- Insektenschädliche Windkraftträder und Monokulturen zurückbauen!
- Förderung neuer Anbaustrategien für Biobauern!

2. Erneuerbare und bewährte Energien sinnvoll nutzen

Elektromobilität ist nicht ethischer als konventionelle Antriebe, da Rohstoffe wie Kobalt und Lithium in Entwicklungsländern zu menschenunwürdigen Bedingungen abgebaut werden.

Sie kann unter Umständen einer von vielen Bausteinen einer Umweltstrategie sein und macht fast nur in Großstädten mit guter Lade-Infrastruktur oder bei kurzen Wegen Sinn, wo hohe Abgasbelastungen gehäuft vorkommen. Auf dem Land ergibt sich meist ein anderes Bild. Darum:

- Erneuerbare Energien wie E-Autotankstellen nicht zu Lasten des Bürgers errichten oder unterhalten; Elektromobilität kann sinnvoll sein, wenn Entsorgungskonzepte für Batterieblöcke vorliegen!
- Sicherstellung vernünftiger Grundversorgung in Energie und (Land-)Wirtschaft;
- das Spitzenlast-Kraftwerk in Mehrum muss erhalten bleiben!

3. Infrastruktur optimieren

Gute Einkaufs- und Freizeitgestaltungsmöglichkeiten brauchen nicht nur ein vielfältiges Angebot, sondern auch kurze und besucherfreundliche Wege. Darum:

- ÖPNV-Anbindung durch optimierte Fahrpläne sowie die Einführung von Rentnertickets oder Förderung von „Bürgerbussen“ optimieren!
- Sinnvoller, aber wohlüberlegter Einsatz von Kreisverkehren statt Kreuzungen!
- Verbesserung der Parkplatzsituation!

Lebenswertes Peine, Kultur, Freizeit und Religion

Die Familie, bestehend aus Mann, Frau und gemeinsamen Kindern, bildet die soziale Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft und sichert den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir schützen und stärken Familien und ihr Lebensumfeld auch bei allen kommunalpolitischen Themen. Unsere älteren Mitmenschen haben in ihrem Leben viel für uns und das Land geleistet, deswegen muss ihnen Respekt auch dann zu Teil werden, wenn sie nicht mehr so selbstständig sind, wie früher.

1. Würde im Alter und im Alltag sicherstellen

Die Würde des Menschen ist zwar durch das Grundgesetz geschützt, doch eine Definition unterliegt im Alltag oft einer Auslegung. Deswegen bekennen wir uns u.a. zu Folgendem:

- Generationsübergreifendes Wohnen und wohnortnahe Versorgung fördern!
- Förderung des Kreiskrankenhauses und Forderung nach halbjähriger Berichterstattung vor dem Kreistag,

2. Schule und Kinderbetreuung optimieren

Schulen sind in der Trägerschaft von den Gemeinden und dem Landkreis ein wichtiger Grundstein für unsere Zukunft. Darum:

- Digitalisierung und Schulausstattung verbessern!
- Grund- und Förderschulen möglichst erhalten!
- Klarere Zuständigkeiten und Verbindlichkeit zwischen interagierenden Behörden schaffen!

3. Freizeitgestaltung ausbauen

Der ländliche Raum bietet Entfaltungsmöglichkeiten für Sport und Freizeit. Gerade hier können platzbedürftige Aktivitäten im Gegensatz zur Großstadt angesiedelt werden. Darum:

- Erhalt der Schwimmbäder im Kreis durch solidarischen Ausgleich zwischen den Gemeinden unter Nutzung aller Möglichkeiten!
- Entwicklung der Innenstadt durch mehr familienfreundliche und bedarfsgerechtere Angebote!

4. Familien schützen

Die Familie ist die kleinste Einheit der Gesellschaft und wichtigster Dreh- und Angelpunkt in unserem Leben.. Deswegen gebührt ihr besonderer Schutz.

- Familien und Alleinerziehende unterstützen!
- Viehelen und Kinderehen wirksamer verhindern!
- Genderideologie zurückdrängen; keine Förderung auf Volkskosten!
- Familienfreundliche Wohn-, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten schaffen!

5. Gesundheit schützen

Zwar weist sich der Landkreis Peine als „Gesundheitsregion“ aus, beim Bürger ist die Bedeutung aber scheinbar noch nicht angekommen. Die AfD-Kreistagsfraktion hingegen konnte bereits Erfolge wie die Förderung von Hebammenansiedlungen im Landkreis verzeichnen. An diese muss angeknüpft werden!

- Landflucht junger Ärzte durch neue Anreize -wie z.B. Bereitstellung von gemeindlichen Gebäuden zu günstigen Preisen- verhindern!
- Naherholungs- und Sportmöglichkeiten verbessern!

Natur- und Umweltschutz statt Klimaschutz

Auch wenn sich das Klima als statistische Größe unaufhaltsam seit Urzeiten wandelt, müssen wir uns immer auch fragen, welche Maßnahme welche Auswirkung hat. Wenn der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht beachtet wird, ist der Schaden größer als der Nutzen. Die Klimahysterie in Deutschland führt zur großflächigen Zerstörung der Natur. Wir stehen für den Erhalt der Natur und den Erhalt der Artenvielfalt in unserer Heimat. Daher lehnen wir die Umweltzerstörung unter dem Deckmantel des „Klimaschutzes“ ab.

1. Tierfreundlichen Landkreis gestalten

Mit dem bienenfreundlichen Landkreis konnte die AfD in Peine bereits erste Erfolge im Naturschutz verbuchen. Es gilt allerdings auch noch weitere wichtige Themen zu optimieren.

- Interessenkonflikt von Wolfsliebhabern und Viehzüchtern durch sinnvolle Kompromisse ausräumen!
- Städtisches Tierheim besser unterstützen; 30 km/h-Zone einrichten!
- Hundesteuer – Zusatzbelastung für sogenannte Kampfhunde abschaffen!
- Hundekotbeutelspender wieder aufstellen oder alternative Möglichkeiten -wie bei den Gelben Säcken- schaffen!
- HALAL-Schlachtungen sind verboten, es werden aber viele Sondergenehmigungen erteilt. Wir lehnen Sondergenehmigungen im Sinne des Tierwohls ab - ohne Ausnahme!
- Gestaltung einer geeigneten Hundefreifläche sicherstellen und dessen Ausstattung sinnvoll gestalten

2. Vandalismus und Müll in der Natur bekämpfen

Vandalismus und Sachbeschädigung sind gerade im städtischen Raum ein Dauerthema. Im ländlichen Raum häuft sich hingegen das für Mensch und Tier gefährliche und illegale Ablagern von Müll. Darum:

- Vandalismus und illegale Müllablagerung durch bessere Überwachung effizient bekämpfen!
- Bürgerfreundliche Entsorgungsmöglichkeiten schaffen

3. Bewahrung von Traditionen sicherstellen

Wenn Gartenabfälle verbrannt werden, so handelt es sich um nachwachsende Rohstoffe, die keinen messbaren Einfluss auf das Klima haben. Daher werden wir entsprechende Verbote und Überregulierungen nicht unterstützen.

- Brauchtums-Feuerverordnung abschaffen oder reformieren, damit beispielsweise Osterfeuer, Walpurgisnächte und Sonnenwendfeiern wieder einfacher durchzuführen sind!

► **Sie denken, was wir denken?**

Dann unterstützen Sie unsere Arbeit doch mit einer Spende. Spenden sind in der Regel steuerlich absetzbar. Bitte geben Sie auf der Überweisung Ihre genaue Anschrift an, damit wir Ihnen eine Spendenquittung zukommen lassen können.

Bankverbindung:

Alternative für Deutschland KV Peine
Kreissparkasse Peine
IBAN: DE55 2595 0130 0056 2608 65
BIC: NOLADE21HIK

Herausgeber:

AfD KV Peine
Am Brabrinke 14
30519 Hannover /
Postfach 1142
31201 Peine
www.afd-peine.de



Kreisverband
Peine